

Peter Steinbach und Johannes Tuchel (Hg.)

Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur 1933–1945



Lukas Verlag

A 04 - 03906

Abbildung auf dem Umschlag:
Der zerstörte Saal des Münchner Bürgerbräukellers nach dem Attentat
von Johann Georg Elser am 8. November 1939
Bildnachweis: Gedenkstätte Deutscher Widerstand

Inhalt

Vorwort	9
PETER STEINBACH/JOHANNES TUCHEL Der Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur	11
I. Widerstand aus der Arbeiterbewegung	27
ANDREAS HERBST Kommunistischer Widerstand	33
HARTMUT MEHRINGER Sozialdemokratischer und sozialistischer Widerstand	56
MICHAEL SCHNEIDER Gewerkschaftlicher Widerstand	79
MICHAEL KIBENER Widerstand aus der katholischen Arbeiterschaft	90
II. Widerspruch und Widerstand	105
ROLF-ULRICH KUNZE Widerstehen aus evangelischem Glauben	111
HEINZ HÜRTE Widerstehen aus katholischem Glauben	130
DETLEF GARBE Widerstehen aus religiösen Gemeinschaften	148
JÜRGEN FRÖLICH Opposition und Widerstand auf liberaler Grundlage	167

© Bundeszentrale für politische Bildung und Lukas Verlag
Erstausgabe, 1. Auflage 2004
Alle Rechte vorbehalten

Lukas Verlag für Kunst- und Geistesgeschichte
Kollwitzstraße 57
D-10405 Berlin
<http://www.lukasverlag.com>

Redaktion: Nicole Maschler
Satzarbeiten: Medienhaus Froitzheim AG, Bonn und Berlin
Umschlaggestaltung: Lukas Verlag
Druck und Bindung: Bercker, Kevelaer

Printed in Germany
ISBN 3-936872-37-6

EKKEHARD KLAUSA Konservative im Widerstand	185	JÜRGEN DANYEL Die Rote Kapelle	396
III. Widerstehen im Alltag	203	NORBERT HAASE Desertion – Kriegsdienstverweigerung – Widerstand	414
KLAUS DROBISCH/GIDEON BOTSCH Der Widerstand und die nationalsozialistischen Gewaltverbrechen	206	EDGAR WOLFRUM Widerstand in den letzten Kriegsmonaten und »Endphase-Verbrechen«	430
GERHARD PAUL Dissens und Verweigerung	226	VI. Militäropposition und Umsturzversuche	447
CLAUDIA FRÖHLICH Widerstand von Frauen	249	RAINER A. BLASIUS Appeasement und Widerstand 1938	452
KURT SCHILDE Widerstand von Jugendlichen	266	HERMANN WENTKER Umsturzversuche 1938–1943	469
IV. Widerstand von Juden und Hilfen für Verfolgte	283	GERD R. UEBERSCHÄR Der militärische Umsturzplan »Walküre«	489
ARNOLD PAUCKER Deutsche Juden im Widerstand	285	HEINRICH WALLE Der 20. Juli 1944. Eine Chronik der Ereignisse von Attentat und Umsturzversuch	505
ANGELA BORGSTEDT Hilfen für Verfolgte: Judenretter und Judenhelfer	307	ULRIKE HETT/JOHANNES TUCHEL Die Reaktionen des NS-Staates auf den Umsturzversuch vom 20. Juli 1944	522
WOLFRAM WETTE Rettungswiderstand aus der Wehrmacht	322	Personenregister	539
V. Widerstand im Krieg	339	Die Autorinnen und Autoren	550
PETER STEINBACH/JOHANNES TUCHEL Georg Elser und das Attentat vom 8. November 1939	343		
GÜNTER BRAKELMANN Der Kreisauer Kreis	358		
CHRISTIANE MOLL Die Weiße Rose	375		

Vorwort

Wer sich fragt, was Menschen befähigt, gegen einen diktatorischen Staat Widerstand zu leisten, lenkt den Blick auf Umstände und Voraussetzungen, unter denen sich das Individuum dem ideologischen Sog und den Forderungen zu entziehen vermag, die auf vielfältige Weise ein solches System begleiten. Diktatorische Systeme des 20. Jahrhunderts wollen neue Gesellschaften mit neuen Menschen schaffen. Sie deuten überkommene Begriffe um und belegen sie mit neuem Sinn. Dietrich Bonhoeffer spricht in diesem Zusammenhang von einer »Maskerade des Bösen«.

Historische Begriffe werden in politische Schlagworte verwandelt, sie vernebeln auf diese Weise die Wahrnehmung und erzeugen Wehr- sowie Fraglosigkeit. In einer solchen Situation kann sich als Individuum nur behaupten, wer den Willen und die Fähigkeit zu klarer Erkenntnis besitzt und die Bereitschaft, sich für Veränderungen einzusetzen. Die kritische Beleuchtung dessen, was geschieht und die Auseinandersetzung mit dem vom Regime initiierten Sog und den ihm zu Grunde liegenden Zielen ist eine entscheidende Voraussetzung für die Beurteilung des politischen Systems. Eine klare Einsicht in den Unrechtscharakter des politischen Systems wiederum bildet die Voraussetzung für die Entscheidung zum unbedingten Kampf gegen das System, nicht selten ohne Rücksicht auf die eigene Person.

Totalitäre Staaten lassen sich durch eine zweistufige Entwicklung charakterisieren: In der ersten Phase setzen totalitäre Bewegungen ihre Ziele mit Hilfe staatlicher Institutionen sozusagen legal durch und suggerieren einen unbedingten Herrschaftsanspruch. In der zweiten Phase – inzwischen an der Macht – zielen sie auf eine totale Verstaatlichung der Gesellschaft. Sie proklamieren die Eingriffe des Staates und erwecken hierbei den Eindruck, diese Veränderungen unterlägen ihrerseits keiner Änderungsmöglichkeit. Deshalb schließen totalitäre Bewegungen von vornherein jede Revision der durch sie bewirkten Aufhebung der Grenzen zwischen Staat und Gesellschaft ein.

Die Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus haben schon die erste Phase kritisch verfolgt und sich zur Wehr gesetzt. Sie haben die zweite Phase zu beenden versucht. Doch es ist ihnen nicht gelungen, die von ihnen vorhergesehene Katastrophe zu verhindern.

Bereits vor zehn Jahren konnte zum 50. Jahrestag des Attentats auf Adolf Hitler am 20. Juli 1944 auf die außerordentlich günstigen Ausgangs- und Rahmenbedingungen für die deutsche Widerstandsforschung hingewiesen werden, die sich seit etwa vierzig Jahren kontinuierlich verbessert hatten. Vor allem sozialwissenschaftliche Methoden und die Ausweitung des Quellenbegriffs im Zuge einer Erschließung mündlicher Überlieferungen und Erinnerungsarbeit sowie die Auswertung bis dahin unzugänglicher Quellenbestände in der früheren DDR und in Osteuropa ermöglichten neue Fragestellungen und Arbeitsvorhaben. Heute ist der Kenntnisstand der widerstandsgeschichtlichen Forschung nicht zuletzt wegen der zunehmenden Interdisziplinarität und der sozialpsychologischen Anreicherung geschichtswissenschaftlicher Zugangsweisen besser als je zuvor.

Dieser Sammelband geht auf eine Bestandsaufnahme zurück, die vor zehn Jahren vorgelegt wurde und nun in stark veränderter Form erscheint. Sie soll nicht nur die Vielfalt widerstandsgeschichtlicher Themen spiegeln, sondern auch die Vielfältigkeit des politisch, weltanschaulich oder religiös motivierten Widerstands dokumentieren.

Der Band entstand an der Forschungsstelle Widerstandsgeschichte der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin. Seine Konzeption wurde intensiv mit der Stiftung 20. Juli 1944 diskutiert, die ebenfalls die Information über die gesamte Breite und Vielfalt des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus zum Ziel hat. Die Herausgeber danken der Stiftung 20. Juli 1944 ausdrücklich für die vertrauensvolle Kooperation.

Dieses Buch entspricht dem Wunsch, Traditionen und Motivationen des Widerstands in den Blick zu rücken. Es soll deutlich werden, dass es in jeder Phase des NS-Regimes einen Widerstand gab, der – so sehr er auch jeweils auf Zumutungen des Systems reagierte – von ethischen und politischen Grundüberzeugungen getragen war: Bei aller Verschiedenheit der sozialen, kulturellen und konfessionellen Milieus waren sich die Regimegegner aus je spezifischen Gründen in ihrer prinzipiellen Gegnerschaft zum nationalsozialistischen Staat und seiner Verbrechen einig.

Die Herausgeber danken allen Autorinnen und Autoren für die so kooperative Beteiligung an diesem Band. Unser besonderer Dank gilt Dr. des. Gideon Botsch für seine ebenso vielfältige wie kompetente redaktionelle Mitarbeit.

Berlin, April 2004

*Peter Steinbach
Johannes Tuchel*

Peter Steinbach/Johannes Tuchel

Der Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur

I.

Obwohl zahlreiche politische Gegner, die dem Nationalsozialismus schon vor 1933 den Kampf angesagt hatten, dem Anpassungsdruck des Regimes nicht standhielten oder gar der Faszination nationalsozialistischer Propaganda sowie außenpolitischer und militärischer Erfolge erlagen, erkannten die Nationalsozialisten schon frühzeitig, dass sich die verschiedenen Anhänger der aufgelösten und verbotenen Parteien und Verbände niemals völlig ihrem totalen Führungs- und Herrschaftsanspruch beugen würden. Sie betrachteten daher ihre politischen Gegner als entschlossene, kompromisslose Feinde, deren Widerstand durch Ausbürgerung und Verfolgung, durch Sondergesetze und Terror, durch Haft und Todesdrohung auszuschalten war.

Schon 1932 hatte der liberale Publizist Theodor Wolff die Auswirkungen eines nationalsozialistischen Wahlsiegs für die Anhänger demokratischer Parteien vorhergesagt: »Wenn heute der Nationalsozialismus triumphiert ..., dann werdet ihr, solange diese Herrschaft dauern wird, nicht mehr zur Wahl gehen, nicht mehr eure Meinung in die Waagschale werfen dürfen – dann wird man die letzten Reste eurer Freiheit und eurer Bürgerrechte zerschlagen und, mit den brutalen Mitteln, die ihr kennt, euch zu dumpfem Gehorsam, zu schweigender Unterwerfung zwingen.«

Die von Wolff vorausgesehene »Legalisierung der Rache, der terroristischen Unterdrückung« richtete sich bis zum Sommer 1933 in gleicher Weise gegen Kommunisten, Sozialdemokraten, Liberale und Anhänger der Zentrumspartei sowie gegen die Mitglieder der Richtungsgewerkschaften. Auflösung der Parteiorganisationen, Verbot der Presseorgane, Verhaftung der führenden Funktionäre und Entrechtung vieler Mitglieder trafen alle Parteien in gleicher Weise.

Die gemeinsame Erfahrung der Verfolgung und Entrechtung führte jedoch keineswegs schlagartig zur Überwindung alter politischer Gegensätze

und Konflikte zwischen den verfolgten und bald verbotenen Parteien. Auch innerparteiliche Kontroversen wurden, vor allem im Exil, mit der gewohnten Schärfe fortgesetzt. Die Konfrontation mit dem wachsenden Totalitätsanspruch des Staates und die Erfahrung ständig eskalierender Willkür und Gewalt ließen die politischen Gegensätze der Weimarer Zeit jedoch zunehmend in den Hintergrund treten.

Hatten bis 1933 viele unterschiedliche Wege in die Gegnerschaft zum Nationalsozialismus geführt, so schien es bald nur noch eine gemeinsame Haltung im Widerstand gegen das Regime zu geben. Sie war durch den Willen gekennzeichnet, um des gemeinsamen Zieles willen auch den politisch Andersdenkenden zu akzeptieren und einen Kompromiss mit ihm zu suchen. Erst dieser Grundkonsens ermöglichte die Vereinigung oppositioneller Dissidenten unterschiedlicher politischer und konfessioneller Traditionen in Gesinnungsgemeinschaften und Zirkeln.

Diese Gruppen waren zunächst keineswegs Zellen des Umsturzes, sondern wollten gedanklich die Grundlagen für eine Neuordnung Deutschlands nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft schaffen. In diesem Bemühen um eine geistige und moralische Erneuerung deutscher Politik achten Oppositionelle aller Richtungen nach 1933 einen Lernprozess durch, der überkommene politische Traditionen und ideologische Zielsetzungen in den Hintergrund treten ließ.

Wenn auch die konkrete Gestalt der Nachkriegsordnung noch weitgehend im Dunkeln blieb, so war die Durchsetzung der Herrschaft des Rechts unumstrittener Grundsatz zukünftiger Politik. Dieses umfassende Bekenntnis zum Recht beinhaltete gleichermaßen liberales Verfassungsverständnis, sozialstaatliches Gleichheitsdenken und christliche Wertvorstellungen.

II.

Trotz dieser unbestreitbaren Klärung vieler Positionen sind keineswegs alle zentralen Fragen der Widerstandsgeschichte geklärt. Die Frage, weshalb Adolf Hitler an die Macht kommen und sich dort behaupten konnte, gehört ebenso dazu wie die immer noch drängende Frage, welche der nationalsozialistischen Gewaltverbrechen den Zeitgenossen bekannt waren. Beide Fragen berühren auch die politischen Möglichkeiten des Widerstands und können nur in einer die Gruppen vergleichenden Perspektive beantwortet werden.

Als sich im Laufe des 30. Januar 1933 Gerüchte bestätigten, der deutsche Reichspräsident Paul von Hindenburg habe Hitler – der augenscheinlich schon seit den letzten Wahlen den Zenit seines Erfolges überschritten hatte – das Reichskanzleramt angeboten, meinten selbst politisch wache Menschen, damit sei lediglich eine neue, ebenfalls vorübergehende Präsidialregierung berufen worden.

Ohne jede Hektik traten die Führungsgremien von SPD und Allgemeinem Deutschen Gewerkschaftsbund zusammen. In ersten Aufrufen warnten sie ihre Anhänger vor den Nationalsozialisten; die prinzipielle Gefährdung von Demokratie und Rechtsstaat, von Grundrechten und republikanischer Verfassung lag jedoch jenseits ihrer politischen Phantasie.

Auch die Führung der KPD ließ damals jene Klarsicht vermissen, die ihr die eigene Parteigeschichtsschreibung später gern zuschreiben wollte. Sie erwartete die Zuspitzung der gesellschaftlichen Krise, nicht aber ihre scheinbare Bewältigung; deshalb rief die KPD zum Generalstreik gegen die »brutalste, unverhüllteste Kriegserklärung an die Werktätigen« auf. Kaum jemand leistete diesem Aufruf Folge – hatten doch erst kurz zuvor KPD und NSDAP in Berlin gemeinsam einen gegen die SPD gerichteten Streik organisiert; lediglich in einem württembergischen Industrieort namens Mössingen standen alle Räder still.

Die SPD-Fraktion bekannte sich zur Weimarer Reichsverfassung, musste aber hinnehmen, dass die politische Initiative von der Stunde der Regierungsübernahme an auf die wenigen nationalsozialistischen Minister übergegangen war. Die Übernahme der preußischen Polizei durch Hermann Göring und die Position Heinrich Himmlers in Bayern waren für die effektive Machtausübung entscheidend – mochte die demokratische Arbeiterpartei dagegen auch »Kaltblütigkeit, Entschlossenheit, Disziplin, Einigkeit und nochmals Einigkeit« beschwören.

Nur in wenigen Städten waren Sozialdemokraten in der Lage, sich in der Konfrontation mit den nationalsozialistischen Sturmtruppen zu behaupten; so blieb nur die Hoffnung, die bevorstehenden Reichstagswahlen würden Hitler eine Niederlage bringen. Angesichts der Rechtsbrüche, der Zerstörung der föderativen Ordnung und des Grundrechtssystems durch die »Februarverordnungen« stellte sich eine Stimmung der Lähmung ein; das Bekenntnis zur Legalität der geschändeten Verfassungsordnung war eher ein beschwörender Appell und Hilferuf als Ausdruck von Zukunftshoffnung und Vertrauen in Humanität und Rationalität.

Offenen Widerstand leisteten die Parteien der Linken ebenso wenig wie die Gewerkschaften: Mit Wandaufschriften und Flugblättern, mit Gesinnungspflege und politischem Bekenntnis ließ sich die nationalsozialistische

Machtergreifung umso weniger verhindern, als die NS-Führung die Chance zur Festigung ihrer Herrschaft entschlossen nutzen wollte; überdies begannen große Teile der Bevölkerung, Hitler zu feiern und die Zerstörung des für sie enttäuschenden »Weimarer Systems« zu begrüßen.

Diese republikanische Ordnung mobilisierte kaum noch Anhänger. Nicht allein der Makel ihrer Entstehung aus einer militärischen Niederlage und umstrittenen politischen Revolution, ihre außenpolitische Belastung durch das Versailler »Friedensdiktat« und Reparationsverpflichtungen auf der Grundlage des aufgezwungenen »Kriegsschuldartikels«, ihre Erfolglosigkeit bei der Überwindung wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischer Katastrophen bestimmten das Bild der Republik in breiten Kreisen der politischen Mitte und der nationalkonservativen Flügel; hinzu kam das Unverständnis für die Notwendigkeit von politischem Ausgleich durch Diskussion und Kompromiss, die eine parlamentarische Demokratie kennzeichnet.

Das entscheidende politische Defizit der Weimarer Zeit war die Unfähigkeit von Parteien und Staatsbürgern, von Presse und Verwaltung, politische Kontroversen in einer grundsätzlich verfassungsbezogenen Weise auszutragen, die Minderheiten schützte und den politischen Gegner respektierte. Wo immer absolute Feindschaftsverhältnisse proklamiert werden, fragmentiert und atomisiert sich die Gesellschaft, wird das Individuum in der Vereinzelung hilflos staatlichen und gesellschaftlichen Kräften ausgeliefert, sofern diese die Mehrheit erringen. Die Tragik vieler der später von den Nationalsozialisten Verfolgten und Unterdrückten war es, dass sie deren totalen Herrschaftsanspruch zunächst nicht erkannten oder ihn sogar als wünschenswert empfanden.

Diese Illusionen fanden sich nicht zuletzt bei vielen Offizieren der Reichswehr, die keine republikanischen Traditionen ausbilden konnten und wollten. Allerdings ist zu bedenken, dass manche dieser Offiziere in einer konservativ motivierten Distanz gegenüber den neuen Bewegungen und Bestrebungen verharrten und sich auf diese Weise, wenn schon keine bewusste Nonkonformität, so doch eine latente Resistenz bewahrten.

Ihr Gesellschaftsbild war durch den deutschen Obrigkeitsstaat, nicht aber durch die nationalsozialistische Bewegungsdiktatur geprägt worden. Vor allem jüngere Offiziere begrüßten das Ende des verachteten »Weimarer Systems« freudiger und erwartungsvoller als viele ihrer älteren Kameraden, die sich aus sozialer Distanz zur nationalsozialistischen Ideologie der Volksgemeinschaft gegenüber der »Bewegung der Gosse« reserviert hielten.

Vielleicht erklärt diese Haltung sozialer Distanz die heute vielfach unverstänlich anmutende Teilnahmslosigkeit angesichts der Verfolgung von Kommunisten und Sozialdemokraten, von Pazifisten und Gewerkschaftsmitglie-

dern, schließlich auch des Verbots der KPD, der SPD und der Gewerkschaftsorganisationen aller Richtungen. Die Selbstauflösung der liberalen Mittelparteien und der Zentrums- und Christlichen Volkspartei, des Christlichen Volksdienstes und der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) atmeten hingegen augenscheinlich weniger den Geist der Unterdrückung als der Freiwilligkeit; deshalb konnte der Untergang dieser Parteien kaum die Empörung der bewusst politikfernen Offiziere hervorrufen.

Am Ende des Jahres 1933 hatten die Nationalsozialisten ihre politische Herrschaft schließlich ohne nennenswerten Widerstand konsolidiert. Hitler hatte in den ersten Monaten seiner Herrschaft die Stellung und das Selbstwertgefühl der Reichswehr strikt beachtet; gerade dadurch hatte er ein »systemkonformes Verhalten« vieler Offiziere ermöglicht und sie, wenn nicht gewonnen, so doch auch nicht zum Gegner gemacht.

Eine Ausnahme bildete lediglich der »rote General« und Chef der Heeresleitung, Kurt Freiherr von Hammerstein-Equord. Ihm trauten viele zu, Hitler aktiv zu bekämpfen oder zumindest zu arrestieren. Nach seiner Versetzung zur Truppe war jedoch nicht damit zu rechnen, dass Hitler ausgerechnet einen Truppenführer besuchen würde, der als vergleichsweise republiktreu galt. Hitler wusste, dass ihm zu dieser Zeit allein die Reichswehr gefährlich werden konnte – deshalb umwarb er ihre Führung. Seine Rechnung ging auf: Entscheidende Jahre verhielt sich die Führung der bewaffneten Macht still.

Hitlers Rücksicht auf die Stimmung hoher Reichswehroffiziere und die scheinbare Respektierung der politikfernen Stellung der Truppe sicherten und verstärkten möglicherweise die politische Isolation der Reichswehrangehörigen. Partielle Übereinstimmung mit politischen Zielen und Respekt vor den außenpolitischen Erfolgen – Lösung des schon von Heinrich Brüning, Franz von Papen und Kurt von Schleicher beharrlich bearbeiteten Reparationsproblems, Anerkennung durch die päpstliche Kurie beim Abschluss des Reichskonkordats, Verlassen des Völkerbundes, Aufrüstung und allgemeine Wehrpflicht, Besetzung des Rheinlandes – ließen über manche Schatten hinwegsehen.

Hierzu gehörte neben dem Straßenterror der Hilfspolizei der Sturmabteilung (SA) und der Errichtung »wilder Konzentrationslager« vor allem der »Arierparagraph« aus dem »Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« vom 7. April 1933, der in der Folgezeit auch die Reichswehr berührte, aber wegen der verschwindend geringen Zahl von Offizieren jüdischen Glaubens hier kaum Bedeutung hatte. Der Boykott jüdischer Geschäfte am 1. April 1933 – von Propagandaminister Joseph Goebbels als Reaktion auf Demonstrationen gegen die »deutsche Regierung« gerechtfertigt

tigt – verstärkte bei einigen Offizieren das Unbehagen gegenüber der NS-Führung. Auch die Diffamierung deutscher jüdischer Soldaten ließ Nachdenklichkeit aufkommen, führte aber ebenso wenig zu Konsequenzen wie die Errichtung des Systems der Konzentrationslager.

III.

Deshalb sind aus der Reichswehr zu dieser Zeit kaum Äußerungen oder kritische Stimmen über Verfolgung und Terror, über Entrechtung und Unterdrückung überliefert. Dies gilt auch für die Gruppen, die später die »zivile Opposition« bildeten. Diese Haltung war charakteristisch für den allgemeinen Mangel an politischer Sensibilität gegenüber dem Schicksal der Menschen, die schutzlos der Willkür ausgeliefert waren. Bücherverbrennungen, Gleichschaltung von Staat und Gesellschaft, Vertreibung vieler Intellektueller ins Exil oder in die innere Emigration erregten die allgemeine Stimmung wenig; das »Gesetz zur Verhütung des erbkranken Nachwuchses« wurde ebenso wenig als Schändung alles dessen, »was menschliches Antlitz« trägt, begriffen wie die Vertreibung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben.

Allerdings begannen hier die ersten Konflikte zwischen dem abstrakten rassenpolitischen Postulat und den konkreten Auswirkungen für den Einzelnen: Bei vielen der später entschlossensten Widerstandskämpfer entstand Unsicherheit angesichts der Rechtlosmachung guter Bekannter, von Nachbarn, Familienangehörigen, Vereinskameraden und Studienfreunden. Die Auseinandersetzungen zwischen Deutschen Christen und Bekenntnistreuen berührten dann manches bis dahin unbeteiligte Mitglied der späteren militärischen und zivilen Opposition stärker. Doch war der Kirchenkampf nicht nur ein Kampf zwischen Kreuz und Hakenkreuz, sondern unüberschaubar ein innerkonfessioneller und innerkirchlicher Streit vor allem des Protestantismus – von Theologen geführt und von Laien nachvollzogen. Die Bedeutung dieser Auseinandersetzung liegt zum einen in der breiten Resonanz innerhalb der deutschen Öffentlichkeit und der Mobilisierung von kritischem Geist, zum anderen in der Schaffung und Festigung eines resistenten Milieus, das innen- und rassenpolitische Vorstellungen des Nationalsozialismus nicht ungefragt und undifferenziert in das eigene Weltbild integrierte, schließlich aber in der Festigung von Maßstäben der Mitmenschlichkeit und des Glaubens, der Unbedingtheit des Gewissens.

Drückte sich im Kirchenkampf zum ersten Mal eine vergleichsweise breite Dissonanz zwischen landläufiger Meinung und nationalsozialistischer Praxis

aus, so wurde diese Stimmung bei sensibilisierten Vertretern der späteren »deutschen Opposition« durch den so genannten Röhms-Putsch am 30. Juni 1934 verstärkt und konkretisiert. Dies ist in besonderer Weise bei den Militärs zu beobachten, die der SA stets außerordentlich ablehnend gegenüberstanden. Diese Haltung verband sie mit den Angehörigen der gebildeten und wohlhabenden bürgerlichen Schichten, welche die SA als Ausdruck nationalsozialistischer Pöbelherrschaft betrachteten.

Die Ausschaltung der SA, die Hitler zur Klärung der innerparteilichen Fronten ebenso wie zur Erhöhung seiner Reputation bei Reichswehr und Bürgertum anstrebte, erschreckte dennoch die von der NS-Führung umworbenen Kreise, weil auch allgemein respektierte Politiker wie der Führer der Katholischen Aktion, Erich Klausener, und die Generäle Kurt von Schleicher und Ferdinand von Bredow im Zuge der Mordaktion umgebracht worden waren. Schien die allgemein erwartete SA-Revolution auch abgewehrt, so war zugleich ein erster Umsturzversuch gescheitert, den Schleicher mit Hilfe des Chefs der Heeresleitung, Werner Freiherr von Fritsch, und mit Unterstützung durch Vizekanzler Franz von Papen angestrebt hatte.

So heftig die nachträgliche politische Rechtfertigung der Mordtaten auch abgelehnt wurde, so problematisch ist es, diese Abscheu zum Beginn einer kontinuierlichen Entwicklung zu machen, die schließlich mit dem Attentat des 20. Juli 1944 geendet habe. Denn die Stoßrichtung der Unterdrückung richtete sich weiterhin gegen die politischen und weltanschaulichen, gegen die »rassischen« und kulturellen Gegner der NS-Herrschaft. Organisierte Widerstandsbestrebungen der Anhänger von KPD und SPD, die sich zu kleinen Gruppen wie Neu Beginnen, Roter Stoßtrupp und Sozialistische Aktion zum Zwecke der Gesinnungspflege und Vorbereitung auf die Zeit nach dem bald erwarteten Zusammenbruch des Regimes zusammengefunden hatten oder weiterhin – wie vor allem die kommunistischen »Kader« – zur Verfügung der emigrierten Parteiführungen standen, wurden 1935 und 1936 fast vollständig von der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) aufgedeckt.

Die Exilparteien konnten zwar noch unter Schwierigkeiten die Verbindung zu ihren Anhängern halten, mussten sich aber zunehmend darauf konzentrieren, die Welt über die deutsche Lebenswirklichkeit aufzuklären. Auch dieser Kampf um die Weltmeinung drohte verloren zu gehen, denn das NS-Regime galt in Ost und West als vertragswürdig. Verträge mit Polen, mit Großbritannien, mit dem Papst, mit den Staaten »Zwischeneuropas« belegten dies – trotz der Verfolgung Andersdenkender und der offen verkündeten Entrechtung der deutschen Juden auf dem Nürnberger Parteitag von 1935.

Wer sich dem nationalsozialistischen Unrecht und Terror widersetzen wollte, schwieg verunsichert oder vertraute sich nur den engsten Freunden und Familienmitgliedern an. Wer aber Haft und Folter schließlich entkommen war, der suchte vielfach bewusst jede antinationalsozialistische Tätigkeit zu vermeiden. Nur wenige wandten sich nach der Haft erneut gegen das NS-System. Ein beeindruckendes Beispiel ist der Lebensweg des ehemaligen sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten und Militärpolitikers Julius Leber, der lange Jahre der KZ-Haft überstand und mit seiner Frau in Berlin-Schöneberg eine Kohlenhandlung betrieb.

Auch der sozialdemokratische Innenminister des Landes Hessen, Wilhelm Leuschner, gründete eine Fabrik für Apparatebau; andere Sozialdemokraten fristeten ihre Existenz als Dorflehrer wie Adolf Reichwein. Immer wieder hatten sie mit Verhaftungen zu rechnen, da Vorbeuge- und Schutzhaftbestimmungen jeden polizeilichen Zugriff aus den Bindungen des Rechts befreit hatten. Zehntausende von Gegnern des Nationalsozialismus befanden sich zwischen 1933 und 1936/37 in Gefängnissen und Lagern.

Ihr politischer Wille zerbrach häufig in der Haft, und so hatten viele kaum mehr den Mut, offen und aktiv gegen die NS-Herrschaft zu kämpfen. Innerlich blieben sie zwar vielfach nonkonform und resistent; zur Tat konnten sie sich aber freilich nur noch in seltenen Fällen aufraffen. Für einige der verfolgten Sozialdemokraten und Gewerkschaftsmitglieder führte aus der Distanz der weitere Weg dann in die Nähe der »militärischen Opposition«.

Auch die oppositionelle Haltung in den Kirchen konnte sich nicht auf Dauer gegen den Druck von Polizei, Justiz und Partei behaupten. Im Unterschied zur politisch-sozialistischen und gewerkschaftlichen Opposition konnten die Kirchen immerhin institutionelle Grundlagen ihres Wirkens verteidigen. Deshalb zeichnete sich ihre Praxis in der Regel durch politische Ambivalenz und das Bestreben aus, die Institution Kirche nicht zu gefährden. Teilweise stießen die Kompromisse mit dem NS-Staat bei Geistlichen und Gläubigen auf Unverständnis oder Ablehnung; teilweise machten diese Kompromisse aber gerade die Kirchen für den Staat, aber auch für die vom Nationalsozialismus nur partiell beeinflussten Menschen akzeptabel.

Gerade wegen ihrer Flexibilität, welche die Kirchen vielleicht in jedem totalitären oder diktatorischen System beweisen müssen, gelang es den Kirchenführungen, auf die Substanz des Christentums und des christlichen Glaubens zielende Vorstöße der Interpreten nationalsozialistischer Weltanschauung wie Alfred Rosenberg abzuwehren. Der machtpolitische Realismus der Kirchen forderte zuweilen aber einen hohen Preis: Viele Vertreter der Bekennenden Kirche hatten in den Gemeinden lediglich ein Gastrecht und waren deshalb finanziell völlig ungesichert; katholische Geistliche, Mönche und

Nonnen waren überdies durch falsche Anschuldigungen wie Devisenvergehen, Homosexualität und Unzucht mit Abhängigen bedroht – denunziatorische Praktiken, die sich – wie auch andere Formen totalitärer Verfolgung – später in der »antifaschistischen« DDR wiederholen sollten.

Die Geschichte des Kirchenkampfes zwischen Kreuz, Hakenkreuz und »verhakenkreuztem Kreuz« (Eberhard Bethge), zwischen Katholizität und Rassenmythos, zwischen christlichem Judenhass und rassistischer Judenverfolgung kann hier nur angedeutet werden. Diese Auseinandersetzung erfolgte zwischen einzelnen Nationalsozialisten und Gläubigen, zwischen kirchlichen Landesleitungen und Pfarrern, zwischen Staat und Kirche selbst, aber auch innerhalb der Kirchen zwischen den verschiedenen Strömungen und Gruppierungen. Viele Geistliche wurden inhaftiert oder durch stets drohende Hausdurchsuchungen verunsichert und gelähmt.

Auch an dieser Front des Weltanschauungskampfes erzielten die Nationalsozialisten Erfolge: Die Bekennende Kirche verlor an Entschiedenheit und schmolz schließlich zu einem kleinen Kern von wenigen hundert entschiedenen Geistlichen zusammen – unter ihnen Dietrich Bonhoeffer und Eberhard Bethge, Helmut Gollwitzer und Martin Niemöller, die keinerlei Kompromiss mit den Machthabern erstrebten. Die Stellung der katholischen Kirche schien wegen ihrer institutionellen Festigkeit und Hierarchisierung günstiger zu sein; dennoch litten gerade katholische Geistliche, die den Unterdrückten geholfen hatten, in den Geistlichen-Blocks der Konzentrationslager und zweifelten an der politischen Weisheit ihrer Oberen.

Trotz der weitgehenden Zerschlagung der politischen Oppositionsgruppen und der Schwächung der kirchlichen Opposition ist unbestreitbar, dass sich in der Regimegegnerschaft in beeindruckendem Ausmaß Maßstäbe einer christlichen, sozialistischen, liberalen und kommunistischen Tradition aufrechterhielten, die immer wieder aufs Neue Regimegegner motivierten, ihnen Kraft gaben oder jenen Überlebenswillen weckten, der Zukunftsoptimismus und Selbstbewusstsein stärkte.

IV.

Angesichts des nationalsozialistischen Terrors mag dies als wenig erscheinen. Es war aber viel, wenn wir die Entwicklung zwischen Widerständigkeit und Widerstand, zwischen Protest, Resistenz, Verweigerung, Umsturz Hoffnungen und aktiver Konspiration im Auge behalten. Aktive Konspiration konnte nur von innen erfolgen, von Trägern der Macht, die aus dem System heraus zum Gegenschlag

ansetzten. Zu ihnen zählten Verwaltungsbeamte, Diplomaten, auch Angehörige der NSDAP, die vereinzelt sogar schwere moralische Schuld auf sich geladen und keineswegs den Anfängen gewehrt hatten. Sie rafften sich aus ganz unterschiedlichen Motiven auf: Teilweise ertrugen sie die Beteiligung an Verbrechen nicht, wie Axel von dem Bussche, der als 23-Jähriger eine Massenerschießung beobachtet hatte und Hitler mit sich töten wollte. Teilweise wollten sie aus Notwehr handeln. Teilweise opponierten sie gegen eine dilettantische Kriegführung, die Deutschland zum Trümmerfeld machte. Teilweise strebten sie bewusst nach neuen politischen Formen und Inhalten und suchten die Verbindung zu ehemaligen politischen Gegnern. Eines aber zeichnete sie nicht aus: der Wille zum Militärputsch als Selbstzweck, zum Ruhme und zum alleinigen Nutzen der bewaffneten Macht, der sie angehörten und die sich durch Pflicht, Befehl und Gehorsam mit Skrupeln und Zweifeln, schließlich mit Schuld beladen hatte. An einen Eid fühlte sich der enge Kreis der Konspiration nicht mehr gebunden, wohl aber unterstellte er sich einer höheren Verantwortung.

Das politische Ziel seiner langwierigen und gefährlichen Bestrebungen war zweifellos nicht die Verfassungsstruktur, wie sie das Grundgesetz verwirklichte. Der Widerstand blieb seiner Gegenwart und Herkunft verhaftet. Diese Zeit mit ihren Wirrnissen schien aus dem Scheitern einer parlamentarischen, rechtsstaatlichen, liberalen Demokratie hervorgegangen zu sein. Der demokratischen Ordnung misstrauten daher viele, und sie orientierten sich lange Zeit an ständischen Grundvorstellungen, deren Brüchigkeit der Kreisauer Kreis, aber auch Claus Schenk Graf von Stauffenberg erkannten.

Seit 1943 wurde die Lage der Gegner des Nationalsozialismus im Inneren allmählich hoffnungslos, denn ihre eigene Verstrickung in die Gewaltverbrechen unmittelbar hinter der Front und in Tötungslagern im Hinterland des Generalgouvernements für die besetzten Gebiete in Polen wurde vielen bewusst. Mit den militärischen Niederlagen drohte auch der staatlichen Einheit große Gefahr. Bald ging es weniger um einen sicheren Umsturz als vielmehr um die Demonstration eines anderen Deutschland, um die Verdeutlichung, dass es in Deutschland eine Alternative zum NS-Regime gab.

Der Umsturz selbst verkörperte die Haltung vieler Gegner des Nationalsozialismus, so wenig ihnen seine Bedeutung zunächst bewusst war. Denn der Versuch zum Attentat musste im Sinne einer konspirativen Praxis erfolgen, die viele der Beteiligten und weiteren Sympathisanten im Dunkeln ließ und auch die Politiker im Exil – wie die Alliierten überhaupt – überraschte. Konspiration bedeutet, dass eine Tat ohne jede politische und gesellschaftliche »Deckung« geplant und ausgeführt wird.

Aus der Einsamkeit, die viele Gegner des NS-Regimes schon seit 1933 kannten und die sie in ihrem nachbarschaftlichen, familiären und auch poli-

tischen Umfeld vielfach isoliert hatte, musste der Umsturz erfolgen – im Bewusstsein nicht nur der Gefährdung des eigenen Lebens und der Mitverschwörer, sondern auch der engen Familienangehörigen: Frauen, kleine Kinder, Eltern.

Es zählt zu den besonderen Leistungen des Widerstands, dass er an der »doppelten Front zwischen Bomben und Gestapo« seine grundlegenden Wert- und Zielvorstellungen niemals aus den Augen verlor und auf diese Weise dem nationalsozialistischen Gegner den Anspruch auf die Zukunft streitig machte. So kreisen die Gedanken immer wieder um Fragen der Gerechtigkeit und der Verantwortung, schließlich auch der Wiedergutmachung des Unrechts, welches im Namen der Deutschen verübt worden war.

Die immer wieder erhobenen Vorwürfe, der Widerstand habe antisemitische wie antibolschewistische Strömungen aufgenommen, außenpolitisch hegemoniale Ziele verfolgt und somit wesentliche Ziele nationalsozialistischer Politik geteilt, sind vor dem Hintergrund dieser Grundüberzeugungen nicht haltbar. In seiner Orientierung an den Prinzipien des Menschenrechts und der Menschenwürde verkörperte der Widerstand die einzige historische Alternative zum NS-Regime.

Gleichwohl fragen wir uns immer wieder nach der Motivation der Attentäter. Diese Frage zielt auf unser Verständnis der Beweggründe eines heute nur noch schwer nachvollziehbaren Handelns. Lässt sich die Tat moralisch rechtfertigen als »exemplarische Beschwerde des Menschen«? Wird in ihr die abwehrende Reaktion auf die Ansprüche eines totalitären Staates sichtbar? Können wir Ordnungsvorstellungen erkennen, die für uns wichtig sind oder die den engen Vorstellungshorizont einer Zeit überwinden, in der die Menschen aus Angst vor politischen Auseinandersetzungen und gesellschaftlicher Vielfalt die Zerstörung von Rechtsstaat, Parlamentarismus, Meinungs- und Pressefreiheit ersehnt oder hingenommen und mehr als zehn Jahre willig ertragen hatten?

Viele Widerstandskämpfer spürten auch in der Phase vor dem letzten Schritt in völlige Unsicherheit und Tod diese offenen Fragen. Einige erlagen nach dem 20. Juli 1944 dem Schrecken der Verhöre, dem Terror der Verfahren vor dem Volksgerichtshof, der Todesfurcht angesichts des Galgens und der Verantwortung für ihre zurückbleibenden Angehörigen. Andere blickten in die Zukunft, denn sie wussten, dass der Nationalsozialismus nicht überleben konnte.

In dieser Gewissheit verkörperten sie einen Zukunftsoptimismus, der dem Gegner den Anspruch auf die Zukunft bestreiten konnte. Der moralische Rigorismus etwa von Ulrich Wilhelm Graf Schwerin von Schwanefeld, von Rüdiger Schleicher oder von Dietrich Bonhoeffer beeindruckt uns

bis heute als Zeugnis menschlicher Selbstbehauptung und eines zivilen Mutes, der zugleich von der Verantwortung für Versagen, Schuld und Verstrickung in die NS-Zeit geprägt scheint.

Die Frage nach der Motivation des Widerstands ist aber nicht nur eine Frage an die Geschichte, so kontrovers heute auch über Verfassungsvorstellungen des Widerstands diskutiert wird. Sie richtet sich zugleich an uns, denn wir können die Voraussetzungen und Zielvorstellungen einer zum Letzten vorstoßenden und die Grenze zwischen Leben und Tod überschreitenden Tat nur begreifen, wenn wir uns innerlich mit dem Widerstand auseinandergesetzt haben. So bleibt der Widerstand ein Stachel, eine unausweichliche Frage an uns selbst, weil wir uns stets Rechenschaft ablegen müssen über unser Verhältnis zu den politischen Prinzipien und Alternativen, welche sich im Widerstand verkörpert fanden und die uns beeinflusst haben. Denn wir können uns nicht aus unserer Geschichte fortstehlen – zumal nicht durch einen propagandistischen »Antifaschismus«.

Im Widerstand fanden sich viele Motive und Traditionen der deutschen Geschichte in einer gemeinsamen und einenden Tat zusammen. Diese Vielfalt wurde gegen den nationalsozialistischen Anspruch auf Vereinheitlichung zu einem neuen Konsens gebündelt, der soziale, politische und weltanschauliche Vielfalt bewältigen, aber nicht beseitigen wollte. In diesem Anspruch verkörperte sich ein zukunftsorientierter Neuanfang deutschen politischen Denkens, der auch die Vorstellungen der Weimarer Zeit überwand.

Neue Wege der Kooperation mussten gebahnt werden: Christen fanden sich neben Sozialisten, Demokraten neben ständisch geprägten Konservativen, Fabrikanten neben Gewerkschaftern, und schließlich wurde auch der Kontakt zu den Kommunisten gesucht. Diese Kooperation war nur möglich vor dem Hintergrund eines politischen Grundverständnisses, das Maßstäbe setzte: das geschändete Recht zu sühnen, in streng rechtlich gebundener Weise Verantwortung zu fordern und den Menschen wieder in sein Menschenrecht einzusetzen.

Der Respekt vor dieser Würde sollte Orientierungspunkt staatlichen Handelns sein, nicht aber eine rassistisch motivierte Zukunftsvision oder das nackte politische Überlebens- und Machtinteresse, die jede Handlung rechtfertigen können. Auch der Krieg sollte als Mittel der Politik zwischen Nationalstaaten ausscheiden, die in eine Staatenkonföderation einzubinden waren. Das Prinzip des Nationalstaats schien überwunden, ohne dass eine Zerschlagung Deutschlands als denkbare Möglichkeit akzeptiert wurde.

Die konkrete Ausgestaltung Deutschlands sollte erst die Zeit nach dem Umsturzversuch bringen. Das Attentat konnten zwar nur Menschen ausführen, die in den Sperrkreis der Macht bis zu Hitler vorzudringen ver-

mochten, also Zugang zu Lagebesprechungen hatten und in den Besitz von Waffen und Bomben gelangen konnten. Niemals stand jedoch bei den beteiligten Militärs der intellektuelle und politische Führungsanspruch ziviler Gruppen in Frage, und keiner der beteiligten Militärs hat jemals diesen Anspruch der Zivilisten bestritten. Es handelte sich um ein Miteinander ziviler und militärischer Gruppierungen, um die Verwirklichung eines umfassenden Umsturzes des Systems – nicht um einen Militärputsch.

Die Tat sollte den Weg in eine politische Ordnung frei machen, als deren Grundprinzipien Toleranz, Pluralität, Solidarität und Nächstenliebe zu gelten hatten. Aufgrund dieser ethisch normierten Pluralität sollte man vermeiden, heute allzu vorschnell politische Bewegungen und Zielvorstellungen aus der Tradition des Widerstands gegen den Nationalsozialismus legitimieren zu wollen.

V.

Der Widerstand verkörpert das Gegenbild des Nationalsozialismus und angesichts des sich bis heute konkreter Vorstellungen entziehenden Massenmordes an den Juden Europas, an Ausgegrenzten der Gesellschaft, an politischen Gegnern eine Hoffnung der Menschlichkeit. Er bietet die Chance, über den »Grund von Politik« nachzudenken; also über jene Beziehung zwischen Menschen, die ein Gemeinwesen hervorbrachten, um als Menschen leben zu können – und die dennoch erfahren müssen, dass dieses Gemeinwesen zu einer Gefahr werden kann. Deshalb haben Widerstandskämpfer sich dafür eingesetzt, das »Bild des Menschen im Herzen« ihrer Mitbürger wiederherzustellen.

Sie haben sich dabei gewiss nicht für die konkrete Verfassungsordnung des Grundgesetzes eingesetzt. Aber sie wollten eine politische Ordnung, die ihren entscheidenden Bezugspunkt im Recht und in der Entfaltungsmöglichkeit des Individuums, nicht zuletzt auch in der dienenden Funktion der Wirtschaft finden sollte. Deshalb traten sie für Menschenrechte und Menschenwürde ein – und dies nicht abstrakt, sondern konkret, mitmenschlich. Die Widerstandskämpfer bekannten sich zur »Majestät des Rechts« und setzten sich deshalb für eine rechtsstaatliche Ordnung ein. Sie wollten den NS-Staat beseitigen und lebten zugleich aus ihrer Erfahrung, nichts von dem, was sie am Gegner verachteten, sei ihnen selbst ganz fremd.

So setzten sie auf Institutionen und nicht nur auf Aktionen. Allein der Anschlag auf Hitler konnte jedoch die Möglichkeit für einen Umsturz und

damit für die Beseitigung und die sich anschließende Bewältigung des Nationalsozialismus bieten. Die Widerstandskämpfer riefen nicht zur Selbstjustiz, sondern zur Besonnenheit auf. Sie bekannten sich zur Vergangenheitsbewältigung im Gehäuse des Rechtsstaats – und gerade dadurch begründeten sie eine neue Form der Auseinandersetzung mit individueller Verantwortung für kollektiv verübte, staatlich befohlene Verbrechen. Die Überlegungen des Widerstands zur Überwindung des Nationalsozialismus in Gesellschaft, Politik, Bildung und im Denken des Einzelnen dürften nicht zuletzt heute von großer Bedeutung, ja von Aktualität sein.

Die Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus wollten nicht den Krieg, denn er bedeutete für sie die Zerstörung des deutschen Nationalstaats. Sie erkannten den Zusammenhang zwischen verbrecherischer Politik und Kriegführung – daher zogen sie die Zusammenarbeit mit dem militärischen Gegner einer Unterstützung des Hitlerschen Krieges vor, auch wenn sie deshalb des Verrats verdächtigt wurden.

Sie isolierten sich auf diese Weise von vielen Zeitgenossen, die sich später als »Mitläufer« bekannten, denn sie wünschten aus nationalem Interesse die militärische Niederlage der deutschen Wehrmacht. Dadurch legten manche Widerstandskämpfer einen festen Grund für die Einbindung des besiegten Deutschland in eine europäische Ordnung. Kriegerische Mittel als Instrumente nationaler Interessenpolitik lehnten sie für alle Zeiten ab – insofern stehen sie in der Tradition einer neuen politischen Zusammenarbeit in Europa, die mit der Aufweichung der Blöcke auch die mitteleuropäischen Revolutionen des Jahres 1989 ermöglicht hat.

Die Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus begriffen ihr Handeln als Alternative zum »Dritten Reich«. Sie wollten politische, kulturelle und geistige Vielfalt. Sie strebten in einer Zeit nach Heterogenität und Auseinandersetzungen, die durch die Tendenz zur totalitären Homogenisierung der Gesellschaft geprägt war. Sie wussten, dass ein Gemeinwesen untergehen muss, wenn es ohne Konflikte, ohne Prozesse der Angleichung seiner vielfältigen Gruppen und ohne den Ausgleich von Interessen auszukommen meint. Im Widerstand wurde gestritten über die Grundlinien des »Danach« – aber die Kontrahenten verachteten sich nicht, sondern schöpften ihr Selbstbewusstsein, dem Gegner nicht die Zukunft überlassen zu können, aus den Erfahrungen, die sie durch ihre Kontroversen gewannen.

Als größte Herausforderung empfanden sie nicht den Sturz des Regimes, sondern die Neuordnung der Beziehungen zwischen Staat, Gesellschaft und Individuum. Die Regimegegner dachten nicht nur über den »Tag X« nach, sondern wollten die Weichen für eine völlige Neubegründung deutscher Innen- und Außenpolitik stellen. Sie wussten, dass nur eine erneuerte Ge-

sellschaft die Aussicht bot, die Nazifizierung des Denkens, die Entdemokratisierung der Politik, die Militarisierung der Gefühle und die Biologisierung der Geschichte zu überwinden. Deshalb ließen sie sich auf die politische Praxis ein und durchdachten die Herausforderungen einer umfassenden Politik- und Vergangenheitsbewältigung.

Sie wollten Erneuerung verwirklichen, nicht nur denken – deshalb handelten sie unter größtem Risiko und gaben so ein Zeichen für stellvertretendes mitmenschliches Handeln. Wohl zu keinem Zeitpunkt zuvor war die Geschichte der Welt im 20. Jahrhundert so von dem Handeln einzelner Deutscher abhängig wie am 20. Juli 1944 – ein Erfolg hätte Millionen Leben gerettet, den Krieg verkürzt und eine Nachkriegsordnung als Friedensordnung ermöglicht.

Die Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus gehören so auch zu den Geschlagenen des Jahres 1945 – dies ist unbestreitbar. Aber in ihnen verkörpert sich eine Alternative deutscher Politik, eine Vision europäischen Zusammenlebens und innenpolitischer Neuordnung. Ihre Ziele und Erfahrungen verkörpern eine Tradition, die ständig reflektiert und so anerkannt werden muss. Ihre Tat galt nur den Nationalsozialisten als Verrat, allen Regimegegnern hingegen erschien sie als der Ausdruck eines reinen Patriotismus.

Im Widerstand verkörpert sich das Ende des NS-Regimes, denn er machte die Grenzen der nationalsozialistischen Herrschaft deutlich. Der Untergang des »Dritten Reiches« war die Voraussetzung einer Neuordnung und eines Neuanfangs – insofern gehört der Widerstand in die Vorgeschichte der deutschen und europäischen Nachkriegsordnungen. Zugleich aber äußert sich im Widerstand eine beeindruckende Autonomie des Denkens und Wollens. Sie stellt die Voraussetzung für politisch-moralische Selbstbestimmung und für mitverantwortliches Handeln dar.

Der sich im Widerstand verkörpernde ethische Grund von Politik symbolisiert so Freiheitswillen auch aus dem Gefühl, in eine Zeit verstrickt und deshalb für sie verantwortlich zu sein. Widerstandskämpfer waren keine Aussteiger, sondern bekannten sich zum Risiko, das mit ihrem praktizierten Verantwortungsgefühl zwingend verbunden war. So wurden sie zu Repräsentanten einer neuen politischen Qualität, die sich mit den Begriffen »Recht« und »Freiheit« als Gegenentwurf zu einem totalitären Unrechtsstaat beschreiben lässt.

I. Widerstand aus der Arbeiterbewegung

Die politische Arbeiterbewegung wurde von den Nationalsozialisten lange vor 1933 heftig bekämpft und ohne Unterscheidung ihrer Richtungen pauschal als »marxistisch« diffamiert. Die NSDAP beanspruchte, eine andere, nämlich nationale Prägung des Sozialismus zu verkörpern. In dem von ihr proklamierten »deutschen Sozialismus« sah sie eine »Volksgemeinschaft« verwirklicht, in der die Klassegegensätze – etwa in einer neuen Form der Betriebsgemeinschaft – aufgehoben werden sollten. Innerhalb der nationalsozialistischen Partei erhob vornehmlich der linke Flügel um Gregor Strasser den nationalrevolutionären Anspruch der »Bewegung«: Ihm waren zumal diejenigen Elemente des Parteiprogramms wichtig, die in der Öffentlichkeit den Eindruck hervorriefen, die NSDAP stelle eine antikapitalistische Bewegung mit sozialistischen Zielen dar.

Trotz ihrer vereinzelt »linken« Programmpunkte kündigten die Nationalsozialisten an, den Marxismus »radikal« auszurotten. Eines ihrer tragenden politischen Prinzipien schien so – neben dem Antisemitismus und dem Antiliberalismus – auch der Antimarxismus zu sein. Dabei machten sie keinerlei Unterschied zwischen Anhängern der KPD und der Sozialdemokratie, zwischen Sozialisten oder Anhängern der verschiedenen Richtungsgewerkschaften. Eine Differenzierung hätte ihrem Politikverständnis widersprochen, das von unbedingten inneren Feindschaftsverhältnissen ausging: Der politische Gegner stellte einen »absoluten Feind« der eigenen Bewegung dar. Sie drohten deshalb für den Fall ihres Sieges an, »Köpfe rollen zu lassen«, um die politischen Kräfte der »Systemzeit« auszuschalten, denen sie die Novemberrevolution und die Weimarer »Judenrepublik« anlasteten. Kampf gegen den Marxismus – dies bedeutete für den Nationalsozialismus Vollendung der »deutschen Revolution« und Überwindung der Herrschaft der »Novemberverbrecher« in gleichem Maße.

Aber nicht nur die Vertreter des von den Nationalsozialisten im Reichstag, in den Länderparlamenten und in der Gewerkschaftsbewegung so heftig

attackierten »Marxismus« sollten Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung werden. Auch die Vereine und Verbände der Katholischen Arbeiterbewegung (KAB) hielt die NSDAP-Führung letztlich für den Ausdruck eines zu bekämpfenden marxistischen Denkens; sie proklamierte stattdessen eine »Volksgemeinschaft«, in der alle sozialen Gegensätze ausgeglichen und die »Klassenkämpfe« beendet werden sollten. Deshalb propagierte sie den Gedanken einer »Deutschen Arbeitsfront«, die Arbeiter, Angestellte und Unternehmer als »Betriebsgemeinschaft« umfassen sollte.

Diesem weitgehenden, pauschalen antimarxistischen Denken entsprach, dass sich die so diffamierten Feinde der Nationalsozialisten aus der Arbeiterbewegung selbst häufig als »Antifaschisten« bezeichneten. Sie übernahmen damit einen politischen Kampfbegriff, den zuerst die Gegner der Faschisten in Italien nach der Regierungsübernahme durch Benito Mussolini geprägt hatten. Die Vorstellungen, die in der Arbeiterbewegung mit dem Begriff »Antifaschismus« verbunden wurden, differierten allerdings stark: Sahen die Vertreter der Sozialdemokratie und der kleineren sozialistischen Gruppen, die *Hartmut Mehringer* analysiert, darin vor allem den politischen Gegensatz zum italienischen Faschismus und zum »Hitlerfaschismus« bzw. »deutschen« Faschismus, so waren die Kommunisten der Ansicht, die faschistische Herrschaftsform stelle nur eine – allerdings besonders radikale – Variante bürgerlich-kapitalistischer Herrschaft dar. »Kapitalismus führt zum Faschismus« erklärten sie und machten auf diese Weise deutlich, dass der Faschismus für sie nur eine extreme Form des Kapitalismus darstellte.

Eine Folge dieser verhängnisvollen ideologischen Überzeugung war die inflationäre Verwendung des Faschismus-Begriffs bei der politischen Linken; so wurden sogar Reichskanzler wie Heinrich Brüning, Franz von Papen und Kurt von Schleicher als »Faschisten« bezeichnet, und deshalb wurde auch nach dem »Brüning-«, »Papen-« und »Schleicher-Faschismus« im neuen »Hitler-Faschismus« zunächst nur eine weitere Variante der bereits als »faschistisch« bezeichneten Regierungen gesehen. Siegesicher gingen die Kommunisten davon aus, dass sich die angebliche Krise des Kapitalismus angesichts der außerordentlich hohen Arbeitslosenzahlen in Deutschland auch weiterhin von Regierungskrise zu Regierungskrise zuspitzen musste und so die Voraussetzungen für eine proletarisch-kommunistische Revolution geschaffen würden, die unmittelbar nach dem als sicher erwarteten Zusammenbruch des »Hitler-Faschismus« erfolgen sollte.

Die Zäsur, die der 30. Januar 1933 für die deutsche Geschichte darstellte, haben nur wenige bewusst wahrgenommen. Ältere Sozialdemokraten erinnerten sich an die Verfolgung der Sozialisten unter Reichskanzler Otto von Bismarck und erklärten selbstbewusst, auch die drohenden neuen Verfol-

gungen zu überstehen; so beschworen sie wiederum, wie nach Papens »Preußenschlag« 1932, die Grundsätze ihres unbedingten Willens zur Legalität. Vor allem die Gewerkschaftsbewegung versuchte, mit der Regierung unter Adolf Hitler einen Modus Vivendi zu finden. Diese verhängnisvolle Fehleinschätzung belastete den gewerkschaftlich motivierten Widerstand.

Michael Schneider zeigt auf, dass Gewerkschafter – nachdem die ersten Fehleinschätzungen überwunden waren – eine wichtige Bedeutung bei der Überwindung von Gegensätzen zwischen den verschiedenen Widerstandskreisen hatten, vor allem aber den Anspruch auf eine breitere Fundierung der Regimegegnerschaft in der Bevölkerung vertraten. Immer wieder hatte man es später als große Belastung empfunden, dass der Widerstand gleichsam eine Bewegung ohne Unterstützung in der Bevölkerung war – Gewerkschaftsvertreter wie Wilhelm Leuschner sollten hier die Voraussetzungen für die unverzichtbare Rückkoppelung schaffen und verkörperten die Aussicht auf eine Verankerung der Umsturzbestrebungen der Gruppen des 20. Juli 1944 auch im Volk.

Lediglich Mitglieder des Republikschutzverbandes Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold schienen bereit, die republikanische Verfassungsordnung auch gewaltsam zu verteidigen. Insgesamt waren SPD und Gewerkschaften aber nicht auf einen Widerstand vorbereitet, der aus der Illegalität geleistet werden musste. Das unterschied sie – wie *Andreas Herbst* zeigt – von der KPD, deren Mitglieder sich früher auf das Überleben im Untergrund eingestellt hatten, vor allem aber von den Mitgliedern der sozialistischen Gruppierungen, die teilweise schon innerhalb der Parteien konspirativ operiert hatten.

Entscheidend für das Ausbleiben eines aktiven Widerstands gegen die Machtübernahme der Nationalsozialisten waren aber die extremen Gegensätze der Parteien, Richtungen, Gruppen und innerparteilichen Flügel der Arbeiterbewegung. Obwohl sie sich deutlich voneinander abgrenzten und es deshalb zu keiner gemeinsamen Frontstellung kommen konnte, warfen sie sich später gegenseitig vor, durch ihr Verhalten die Machtergreifung der Nationalsozialisten wenn nicht begünstigt, so doch ermöglicht zu haben. Dies führte dann zu Überlegungen, eine Einheits- oder Volksfront gegen den »Faschismus« zu bilden, die allerdings nach kommunistischer Überzeugung von Vertretern der KPD dominiert werden sollte. Sie musste scheitern, weil Anhänger der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie diesen Führungsanspruch einer stalinistisch geprägten und instrumentalisierten KPD nicht anerkennen konnten.

Es waren vor allem die Mitglieder von kleinen sozialistischen »Brückenparteien«, die in vereinzelt Gruppen versuchten, die Gegensätze zwischen Sozialdemokratie und Kommunismus zu klären oder abzumildern. *Hartmut*

Mehring zeichnet ein Bild ihrer Bestrebungen, die nach dem Ende des NS-Staates die programmatische Entwicklung der SPD entscheidend beeinflussen konnten. Zu diesen sozialistischen Splitterparteien, etwa der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP), gehörten vor allem jüngere Anhänger, welche die Möglichkeiten einer einheitlichen, zugleich revolutionären und demokratischen Arbeiterbewegung – also einen Standort zwischen SPD und KPD – zu bestimmen versuchten. Sie zielten auf die Konsolidierung ihrer eigenen Gruppen, hatten aber auch den Anspruch, die politischen Diskussionen in den großen Parteien und in den Gewerkschaften zu beeinflussen. Weil die Anhänger dieser Gruppierungen in gewisser Weise konspirative Verhaltensweisen gewohnt waren, bildeten sie früh kleinere Widerstandsgruppen und versuchten bewusst, die Phase der Unterdrückung für die »Gesinnungsbildung« zu nutzen.

Die emigrierte Führungsgruppe der KPD strebte nach der Führung in der Arbeiterbewegung und versuchte, zentralistische Strukturen in den Widerstandskampf zu tragen, den kommunistische Regimegegner im Reich wagten. Während Sozialdemokraten stärker darauf abzielten, Gesinnungsfreunde zu sammeln, wollten Kommunisten immer wieder beweisen, dass es in Deutschland eine Oppositionsbewegung gab, die durch Flugblätter und Wandparolen die von den Nationalsozialisten propagierte Gemeinschaftsideologie vor aller Augen ad absurdum führte. Gerade dieser öffentlich spürbare Protest forderte zwar das Regime heraus, führte aber zur Verfolgung von Funktionären der KPD und damit schon in den ersten vier Jahren der NS-Diktatur zur weitgehenden Zerschlagung kommunistischer Widerstandsgruppen.

Ihre Mitglieder wurden häufig durch V-Leute der Gestapo, die in die Gruppen eingeschleust worden waren, verraten und in Massenprozessen verurteilt. Hinzu kam, dass kommunistische Regimegegner zunehmend an der Kompetenz der KPD-Auslandsleitung zweifelten, den Widerstand zu koordinieren oder sich gar in politische Kontroversen einzuschalten.

So bildeten sich seit der Mitte der 1930er Jahre Gruppen kommunistischer Regimegegner, die unabhängig von der Führung der Exil-KPD handeln wollten, welche nach Prag und Paris ihren Sitz schließlich in Moskau genommen hatte und dort unter der Leitung von Walter Ulbricht und Wilhelm Pieck die politische Linie Josef Stalins vertrat.

Die offizielle Parteigeschichtsschreibung hat immer wieder behauptet, dass die kommunistischen Widerstandsgruppen im Reich die Führungsrolle von Ulbricht anerkannt hätten und dieser sogar die Führung im gesamten Widerstand ausgeübt habe – diese Aussage ist jedoch in keiner Weise zu bestätigen. Vielmehr war es so, dass – neben den Zweifeln an der Kompetenz

der emigrierten KPD-Spitze – die Erfahrung der politischen Säuberungen durch Stalins Willkürjustiz und schließlich der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt (»Hitler-Stalin-Pakt«) vom 23. August 1939, der Hitler den Überfall auf Polen erleichterte und die Zusammenarbeit der beiden gefährlichsten europäischen Diktatoren bei der Aufteilung Ostmitteleuropas offenbarte, eine weitgehende Lähmung des kommunistischen Widerstands bewirkten. Stalin ließ zu dieser Zeit sogar kommunistische Regimegegner an die Gestapo ausliefern.

Neben der politischen Arbeiterbewegung, die in der Tradition von Karl Marx und Ferdinand Lassalle stand, war auch die Katholische Arbeiterbewegung ein wichtiges Potenzial des Widerstandes. Michael Kießener ordnet diese dem politischen Katholizismus nahe stehende Bewegung, die ihre Wurzeln in den katholischen Arbeiter- und Gesellenvereinen der Kolping-Bewegung und den christlichen Gewerkschaften hatte, in den Zusammenhang der Regimegegnerschaft der gesamten Arbeiterbewegung ein.

Die Anhänger der Katholischen Arbeiterbewegung hatten vor 1933 besonders engagiert und mutig die Auseinandersetzung des politischen Katholizismus mit dem Nationalsozialismus geführt und gehörten deshalb nach der Machtergreifung auch vielfach zu den Verfolgten der ersten Stunde. Wegen dieser frühen Verfolgungserfahrung reagierten sie weitgehend verständnislos auf den Abschluss des Reichskonkordats zwischen dem Vatikan und dem Deutschen Reich und fanden rasch Anschluss an die gewerkschaftliche Widerstandsbewegung, deren führender Kopf Wilhelm Leuschner werden sollte. Vor allem die Mitglieder der Gruppe um das Kölner Ketteler-Haus verharteten in entschiedener Distanz zum NS-Staat und suchten später die Nähe zu Vertretern der freien Gewerkschaftsbewegung, zu den Berliner Widerstandsgruppen um Carl Friedrich Goerdeler und Ludwig Beck und beteiligten sich auch an der Vorbereitung einer Einheitsgewerkschaft, für die sich vor allem Jakob Kaiser und Wilhelm Leuschner einsetzten.

Die Anhänger der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften empfanden sich als die ersten, die wichtigsten und nicht selten sogar als die »geborenen« Gegner des Nationalsozialismus; sie fühlten sich in dieser Überzeugung durch die unmittelbar nach der Machtergreifung einsetzende Verfolgung bestätigt. Die Nationalsozialisten sahen vor allem in den Anhängern der Sozialdemokratie die entschiedenen Verteidiger der republikanischen Verfassungsordnung und bezeichneten sie deshalb als Vertreter jenes »Systems«, das auch als »Novemberrepublik« oder »Judenrepublik« apostrophiert wurde. In dieser Gleichsetzung wird bereits deutlich, dass die Verfolgung der politischen Gegner des Nationalsozialismus nach dem 30. Januar 1933 auch rassenpolitische Ziele hatte. Weil führende Vertreter der SPD und der Gewerk-

schaften das Scheitern der Weimarer Republik nachträglich aus den Belastungen und Fehlentwicklungen der ersten deutschen Demokratie erklärten, sahen sie in der Restauration der Weimarer Verfassungsordnung kein positives Ziel ihres Widerstands; sie boten vielmehr ihre Beteiligung an den Neuordnungsplanungen an.

Die Regimegegner im Umkreis von Beck, Goerdeler und Claus Schenk Graf von Stauffenberg suchten ihrerseits die Verbindung zu den Vertretern der Arbeiterbewegung, weil sie hofften, mit ihrer Hilfe den unverzichtbaren Rückhalt in der deutschen Bevölkerung zu finden. Aus diesem Grunde waren die Vertreter der Gewerkschaften, der SPD und der KPD noch 1944 bestrebt, die Voraussetzungen für ihre Zusammenarbeit und die Unterstützung eines Umsturzes zu klären. Dies wurde der Gruppe um Julius Leber und Adolf Reichwein, aber auch dem Kommunisten Anton Saefkow zum Verhängnis, der unabhängig von Stalins und Ulbrichts Einflüssen eine eigenständige Linie verfolgt hatte. Zu den Geschlagenen des 20. Juli 1944 gehörten so auch Vertreter der politischen Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften, die in den großen Kompromiss einbezogen worden waren, den der deutsche Widerstand über die alten politischen Lagergrenzen hinweg verkörperte.

Gewerkschaftlicher Widerstand

Wohl selten hat ein Regime einen stärkeren Kult der Arbeit und des arbeitenden Menschen betrieben – und zugleich die Arbeiterschaft dermaßen politisch entmachtet. Der nationalsozialistische Staat schüchterte die Arbeiterschaft ein, beraubte sie binnen weniger Monate ihrer politischen und gewerkschaftlichen Vertretung – aber er umwarb sie mit einer geradezu mythischen Überhöhung des Arbeiterbildes in Kunst und politischer Propaganda sowie mit einer Reihe sozialer Wohltaten, die umso mehr ins Gewicht fielen, als sie auf die katastrophale Verarmung der Weltwirtschaftskrise folgten. Mögen weite Kreise der Arbeitnehmerschaft auch dem propagandistischen Wortgeklingel skeptisch gegenübergestanden haben, die im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs verringerte Arbeitslosigkeit und die verbesserte Lebenssituation haben gewiss viele über die politische und gewerkschaftliche Entrechtung hinweggetröstet. Doch selbst wenn sich der Kern der ehemaligen Gewerkschaftsmitgliedschaft, die industriellen Facharbeiter, als resistent gegen die Verlockungen der nationalsozialistischen Politik erwiesen hätte, so hieße das keineswegs, dass »die« Arbeiterschaft über ein Potenzial zum aktiven Widerstand verfügt hätte. Realistischer ist es wohl, von einer »Neutralisierung« der Arbeiterschaft auszugehen. Neutralisierung heißt vor allem: Unterwerfung durch Terror und Entrechtung einerseits, Eindämmung etwaiger Unruhe bzw. Sicherung der Folgebereitschaft durch sozial- und wirtschaftspolitische Verbesserungen und Propaganda andererseits.¹

Gewerkschaftlicher Widerstand/Gewerkschafter im Widerstand

Zerschlagung der Arbeiterbewegung und Neutralisierung der Arbeiterschaft – das sind die Bedingungen, unter denen sich der Widerstand ehemaliger Gewerkschafter formierte. Für die auf Massenanhang und damit zwangsläufig auf Öffentlichkeit angewiesenen Gewerkschaften stellten sich damit Probleme, auf die sie von ihrer Struktur her nicht vorbereitet waren; und die Gewerkschaftsführer konnten sich in ihrer Mehrheit kaum mit konspirativen

1. Widerstand aus der Arbeiterbewegung

Kampfpraktiken anfreunden, zumal sie selbst – wenn sie nicht verhaftet waren – zumeist unter besonderer polizeilicher Kontrolle standen. Was aber kann unter den Bedingungen von Terror und Verfolgung von Überwachung, Bespitzelung und ständiger Denunziationsfurcht »Widerstand« sein?

Der Begriff des gewerkschaftlichen Widerstandes kann sich wegen der Zerschlagung der Organisationen nicht normativ auf die Fortführung der überkommenen Gewerkschaftsarbeit beziehen.² Obwohl z. B. von Heinrich Schliestedt, einem der wichtigsten Organisatoren der Widerstandsarbeit bei den Metallarbeitern, in einem Memorandum aus dem Jahre 1935 anvisiert, konnte eine Verbindung von illegaler politischer Arbeit und auf Öffentlichkeit angewiesenen Lohnkämpfen nur sehr selten hergestellt werden. Aber natürlich sollen die Versuche nicht unerwähnt bleiben, unter extrem schwierigen Bedingungen in einzelnen Bereichen gewerkschaftsähnliche Aktivitäten bis hin zu Streiks zu organisieren.³ Diese in kleinen Gruppen durchgeführten Aktionen, die oftmals von früheren Betriebsräten oder Gewerkschaftern geleitet wurden, folgten aber im Grunde der Devise: »Lohnpolitik auf eigene Faust«⁴. Und diese Devise war bei genauerem Hinsehen mit den auf breite kollektive Regelungen abzielenden Prinzipien der traditionellen Gewerkschaftspolitik nur begrenzt vereinbar.

Trotz des totalen Unterordnungs- und Strafanspruchs des nationalsozialistischen Staates sollen hier nicht alle Formen unangepassten Verhaltens – so mutig und opferreich sie auch waren – als »Widerstand« bezeichnet werden. Widerstand, das war vielmehr praktisches Handeln zur Behinderung oder Zerstörung von Kernbereichen der nationalsozialistischen Diktatur, z. B. durch die Versuche zur Schaffung einer illegalen Gegenöffentlichkeit. Daran ist auch der gewerkschaftliche Widerstand, verstanden als Widerstand ehemaliger Gewerkschafter, zu messen.

Gewerkschaftlicher Widerstand war zunächst einmal der Versuch, den persönlichen Zusammenhalt oppositioneller Gewerkschafter aufrechtzuerhalten und zudem auf illegalem Wege Informationen über die Situation in den Betrieben zu sammeln und zu verbreiten; es war der Versuch, den Propaganda-Tiraden politische Aufklärung entgegenzuhalten und damit den menschenverachtenden Charakter des nationalsozialistischen Systems, insbesondere Terror und Kriegsvorbereitung, zu beleuchten; es war der Versuch, den Kontakt zwischen Widerstandsgruppen im Reich und im Exil, auch zwischen deutschen und ausländischen Gewerkschaftern zu halten; und es war der Versuch, Vorbereitungen für die »Zeit danach« zu treffen. Widerstand von Gewerkschaftern, das war auch »Wartestand«.⁵

Mit diesen vielleicht bescheiden anmutenden Aufgaben- und Zielbestimmungen reagierten die gewerkschaftlichen Widerstandsgruppen auf die ge-

gebene Situation: Angesichts der sofort einsetzenden Terrormaßnahmen einerseits und der sich ausbreitenden abwartend-wohlwollenden Haltung weiter Kreise der Bevölkerung zum Regime andererseits war wohl an eine groß angelegte Widerstandsaktion ohnehin nicht zu denken; jeder Versuch, eine breite illegale Organisation aufzubauen, war zum Scheitern verurteilt. Das zeigte das Bestreben der KPD, zunächst am Konzept der Zellenbildung der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) festzuhalten, das 1933/34 zu Massenverhaftungen führte. Und auch die Vorstöße in Richtung auf eine verdeckte Gewerkschaftsarbeit, die mit der Taktik des »Trojanischen Pferdes« innerhalb der Deutschen Arbeitsfront (DAF) unternommen wurden, blieben erfolglos; sie trugen überdies durch die – vorgebliche – Mitarbeit von Kommunisten in der DAF gewiss zur Verunsicherung der Arbeiterschaft bei.

Gruppen im Untergrund

Erste Voraussetzung für die Formierung eines gewerkschaftlichen Widerstandes war es, den Kontakt zu halten, um damit die eigene politische Überzeugung gegen den wachsenden Druck der nationalsozialistischen Propaganda zu stärken und Informationen auszutauschen.⁶ Dank geschickter Tarnung gelang es sogar bekannten Gewerkschaftsführern, diese Aufgabe zu erfüllen; das gilt z. B. für Alwin Brandes von den Metallarbeitern, für Fritz Husemann von den Bergarbeitern, und das gilt für Jakob Kaiser von den Christlichen Gewerkschaften; Kaiser hatte die Aufgabe übernommen, die Renten- und Versorgungsansprüche der 1933 entlassenen christlich-nationalen Gewerkschafter zu vertreten; das erlaubte ihm vielfältige »legale« Besuche bei ehemaligen Funktionären.⁷

Auch der Beruf des Vertreters bot offenbar – Bernhard Göring reiste als Zigarrenhändler, Hans Gottfurcht als Versicherungsagent durch Deutschland – gute Möglichkeiten zu verdeckten Kontakten. Relativ günstige Bedingungen fanden sich zudem in allen Berufen des Transportwesens; so ist es nicht verwunderlich, dass der Anteil z. B. der Eisenbahner (unter Hans Jahn) und der Transportarbeiter (unter Adolph Kummernuss) an der Widerstandsarbeit der 1930er Jahre hoch ist, zumal diese die Unterstützung der Internationalen Transportarbeiter-Föderation unter Edo Finnen fand.⁸ Nach Jahns Angaben besaß seine Organisation im März 1936 137 Stützpunkte mit 284 Stützpunktführern und 1 320 Funktionären. Auch die Metallarbeiter hatten wohl ein gut ausgebautes Netz von Kontakten, zu dessen Organisatoren Al-

win Brandes, Heinrich Schliestedt, Max Urich, Richard Teichgräber, Hans Böckler und Walter Freitag gehörten. So berichtete Brandes von Kontakten zu 748 ehemaligen Metallern.

Aber die von der »normalen« Relation von Funktionären zur Mitgliedschaft (1 bis 2 Funktionäre auf ca. 1 000 Mitglieder) ausgehenden »Hochrechnungen« der Kontaktpersonen, die eine Massenorganisation von vielen hunderttausend Gewerkschaftern im Untergrund zu rekonstruieren versuchen, sind wohl Illusionen.⁹ Die von den gewerkschaftlichen Widerstandszirkeln gebildete »Illegale Reichsleitung der deutschen Gewerkschaften« verfügte vermutlich nicht über einen Mitgliederstamm im eigentlichen Sinne, gewiss aber über ein Informations- und Kontaktnetz von mehreren tausend ehemaligen Gewerkschaftern.

Diese Kontakte und Gruppenbildungen wird man dem Widerstand zuordnen können, da sie zu – gegen das Regime gerichteten – Aufklärungsaktionen und zur Ausarbeitung von Zukunftsplänen für ein »anderes Deutschland« führten; zu denken ist etwa an den Transport und Austausch von Tarnschriften und Informationsblättern und – natürlich – an die Anfertigung und Verteilung von Flugblättern. Weder die unter dem Deckmantel von Vertreterbesuchen verborgenen Treffen mit allein mündlicher Kommunikation noch die Zirkel, die z. B. Flugblattaktionen starteten, waren indessen vor dem Zugriff der Gestapo sicher: Hans Gottfurcht und Heinrich Schliestedt mussten ins Ausland fliehen; Schliestedt kam 1938 bei einem Flugzeugabsturz ums Leben. Hermann Schlimme wurde 1937 verhaftet; auch das von Hans Jahn aufgebaute Netz von Stützpunkten der Eisenbahner wurde 1937 durch Massenverhaftungen fast völlig zerschlagen; ebenso erging es dem illegalen Kreis um Alfred Fitz vom Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter.

Auffallend ist, dass mit der Bildung des Führungskreises der vereinigten Gewerkschaften im April 1933 und dann mit der gemeinsamen Erfahrung der Verfolgung die Grenzen zwischen den Richtungsgewerkschaften nahezu bedeutungslos wurden. In fast allen Gruppen arbeiteten ehemalige christliche, liberale und freie Gewerkschafter zusammen, die damit Vorläufer der späteren Einheitsgewerkschaften waren.

Tief blieb der Graben indessen zwischen diesen und den kommunistischen Gewerkschaftern. Es sei jedoch nicht übersehen, dass es auch vereinzelt zu gemeinsamen Aktionen sozialdemokratischer und kommunistischer Gewerkschafter kam. Am bekanntesten wurden die auf betrieblicher Ebene gebildeten Gruppen von Textil- und Metallarbeitern im Wuppertaler Raum, die im Herbst 1934 mehrere 100 Mitglieder zählten. Sie druckten und verteilten Flugblätter, hatten auch eigene Zeitungen. Im Januar 1935 wurden die Gruppen mit Massenverhaftungen zerschlagen; die von den mit großem Pro-

pagandaufwand geführten »Wuppertal-Prozessen« Betroffenen fanden im Übrigen ausländische Unterstützung, insbesondere durch das holländische »Wuppertal-Komitee«.

In der Folgezeit – etwa ab 1936/37 – beschränkte sich der gewerkschaftliche Widerstand im Grunde darauf, in Kontaktzirkeln ehemaliger Spitzenfunktionäre Planungen für die »Zeit danach« zu diskutieren. Einen Massenkontakt konnten die Gewerkschaftsführer nicht aufbauen, wohl aber ein verdecktes Informationsnetz, das sie zu wichtigen Ansprechpartnern gerade auch für die ins Ausland geflohenen Kolleginnen und Kollegen machte.

Anlaufstellen im Ausland

Angesichts von Verfolgung und Bedrohung der Gewerkschafter wurden frühzeitig Versuche unternommen, Anlaufstellen im benachbarten Ausland zu schaffen. Bis zum »Anschluss« an das Deutsche Reich (1935) bot zunächst das Saargebiet einen Fluchtpunkt für exilierte Gewerkschafter; dann übernahmen die Tschechoslowakei (bis 1938) sowie die Grenzregionen der Niederlande, Belgiens, Frankreichs und Dänemarks diese Funktion, bis auch diese vom Krieg überzogen wurden. Aber es ging nicht nur darum, erste Aufnahmepositionen für aus Deutschland vertriebene Gewerkschafter zu schaffen; eine zentrale Aufgabe war es auch, von diesen Stützpunkten aus die Arbeit zu koordinieren, den Informations- und Schriftenaustausch zwischen Reichsgebiet und Ausland zu organisieren.

So wurde im Herbst 1934 in der Tschechoslowakei, auf der Konferenz in Reichenberg, unter Führung von Heinrich Schliestedt die Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften gegründet. Nach Schliestedts Tod 1938 verlagerte sie ihren Sitz zu Fritz Tarnow, dem früheren Vorsitzenden des Holzarbeiterverbandes, nach Kopenhagen, der indessen nicht von allen Auslandsvertretern als Leiter anerkannt wurde. Die Auslandsvertretung wurde vom Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) finanziell unterstützt – was angesichts der Verstimmung, die der Anpassungskurs des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes im Frühjahr 1933 und speziell der Austritt aus dem IGB am 22. April 1933 ausgelöst hatten, keineswegs selbstverständlich war.

Auch im Ausland zeigten sich vereinzelt Ansätze zur Zusammenarbeit sozialdemokratischer und kommunistischer Gewerkschafter. Doch letztlich fanden die von der Kommunistischen Internationale 1935 ausgegebenen Einheitsfrontparolen keinen großen Niederschlag. Zwar wurde in Frank-

reich parallel zu Heinrich Manns Volksfront-Initiative der Koordinationsausschuss deutscher Gewerkschafter gebildet; aber mit dem Scheitern des Volksfrontversuchs und vor allem mit den »Moskauer Säuberungen« war 1937/38 auch das Ende des Koordinationsausschusses besiegelt. Zu nennen ist auch der Arbeitsausschuss freigewerkschaftlicher Bergarbeiter, der auf einer Tagung des Exekutivkomitees der Bergarbeiterinternationale in Paris gegründet wurde. Hier arbeiteten u. a. Franz Vogt, Richard Kirn und Hans Mugrauer vom (sozialdemokratischen) Alten Verband mit dem Kommunisten Wilhelm Knöchel zusammen. Nach dem deutschen Einmarsch in die Niederlande nahm sich Vogt das Leben; Knöchel, der in den folgenden Jahren eine kommunistische Widerstandsgruppe in Deutschland organisierte, wurde 1943 verhaftet.¹⁰

Widerstand im Krieg

Im Krieg wurde die Situation für den innerdeutschen Widerstand von Gewerkschaftern vollends aussichtslos. Der Ausbau des Verfolgungsapparates, die Integration der Arbeiterschaft in die Kriegsanstrengungen und das Erschweren grenzüberschreitender Kontakte – all das ließ die Aktivitäten der Gruppen ehemaliger Gewerkschafter im Reich fast zum Erliegen kommen. Auf die wichtigste Ausnahme – die Beteiligung am Attentat vom 20. Juli 1944 – wird noch einzugehen sein.

Besonders hervorgehoben werden muss wohl, dass man auch im Krieg nicht von einem etwaigen Massenrückhalt für den Widerstand der Gewerkschafter sprechen kann. Mit Beginn des Krieges veränderten sich die Lebensbedingungen – abgesehen von den Einberufungen und der bald steigenden Zahl von Kriegstoten – zunächst erstaunlich wenig; Gerade aufgrund der Erfahrungen des Ersten Weltkrieges schien eine erfolgreiche Kriegführung auch und vor allem von der sozialen Ruhe an der »Heimatfront« abzuhängen, die durch Sicherung der »Normalität« garantiert werden sollte. Erst mit dem Rückzug der deutschen Truppen, der nach der Schlacht bei Stalingrad im Januar 1943 an allen Fronten einsetzte, und mit den zunehmenden Bombardierungen begann der Krieg immer drastischer seine Auswirkungen in Deutschland zu zeigen. Dennoch kam nicht die explosive Stimmung auf, die gerade die Ernährungsfrage im Ersten Weltkrieg verursacht hatte. Die allgegenwärtige Bespitzelung und Denunziation einerseits, das Gefühl der Hilflosigkeit gegen die sich in Bombennächten ankündigende Katastrophe andererseits trugen wohl zu einer Passivität bei, die von Hoffnung (auf ein

»Wunder«), trotzigem Durchhaltewillen und Angst sowie von mürrischer Kritik und Unterordnung gekennzeichnet war.

Daraus stachen allenfalls die Aktionen von Jugendlichen hervor, ohne dass wohl das betont unangepasste Verhalten z. B. der Edelweißpiraten eindeutig als politischer Widerstand gelten kann. Und auch die im Laufe des Krieges trotz der damit verbundenen Risiken zunehmende Bummelei, das Krankfeiern und die Aufsässigkeit mancher Arbeiter wird man kaum ohne weiteres als Widerstand bezeichnen können. Allerdings muss man wohl berücksichtigen, dass dies für Arbeiterinnen und Arbeiter die einzigen Möglichkeiten waren, eine oppositionelle politische Haltung durch Taten zu beweisen. Und mit hohem persönlichen Risiko behaftet waren auch diese Formen des individuellen Protests – vom Erzählen politischer Witze über das »Meckern« eben bis hin zu den als Sabotage gewerteten Arbeitsverfehlungen.

Im Exil: Pläne für die Zeit »nach Hitler«

Für die ins Ausland vertriebenen Gewerkschafter bedeutete der Krieg, dass sie vor den deutschen Truppen weiterfliehen mussten: Schweden, England und die Schweiz wurden im Krieg zu den wichtigsten Aufnahmeländern.

In Schweden und in England wurden Landesgruppen deutscher Gewerkschafter gebildet, die den Flüchtlingen zunächst einmal Hilfestellung bei der Sicherung des nötigsten Lebensbedarfs leisteten; sie unterstützten außerdem die Reste des Widerstandes in Deutschland, sammelten und verbreiteten Informationen; und sie versuchten die Deutschland-Politik der Alliierten zu beeinflussen, insbesondere durch die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften des jeweiligen Gastlandes, durch eigene Öffentlichkeitsarbeit und durch die Mitarbeit in den Informationsdiensten der Alliierten. Gerade Letztere folgte vielfach der Einsicht, dass die nationalsozialistische Diktatur nur von außen zerschlagen werden könne. Und schließlich arbeiteten die Landesvertretungen Pläne und Programme für den Neuaufbau der Gewerkschaften, aber auch für die Gestaltung des Arbeitsmarktes und der politischen Ordnung der »Nach-Hitler-Zeit« aus.¹¹

Da ist z. B. an das von Fritz Tarnow im Dezember 1941 dem »Stockholmer Arbeitskreis deutscher Sozialdemokraten« vorgelegte Programm zu denken; es ging hinsichtlich der Wiedergründung von Gewerkschaften nach dem Kriege davon aus, dass man doch Organisationsstruktur und -prinzipien der DAF übernehmen könne. Dieses Konzept fand weder in Stockholm noch in

London nachhaltige Zustimmung: 1944/45 legte darum die Landesgruppe der deutschen Gewerkschafter in Schweden »Vorschläge zu Problemen des Wiederaufbaus in Deutschland« vor, die von der Auflösung der DAF und vom Aufbau einer demokratischen und unabhängigen Gewerkschaftsorganisation ausgingen.

Und auch die Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in England, die eng mit dem Exilvorstand der SPD in London zusammenarbeitete, entwickelte 1945 – Mitautoren waren u. a. Willi Eichler, Hans Gottfurcht, Hans Jahn, Ludwig Rosenberg – einen Plan für »Die neue deutsche Gewerkschaftsbewegung«, dessen Organisationsgrundsätze lauteten: »Alle Gewerkschaften und der Gewerkschaftsbund müssen von Anfang an unabhängig von Unternehmern, Staat und Behörden sein. Die Bildung einheitlicher Industrieverbände sollte angestrebt werden. Die Gewerkschaften sind freiwillige Zusammenschlüsse von Arbeitnehmern und machen die Aufnahme weder von der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Rasse, zu einem Religionsbekenntnis oder zu einer bestimmten politischen Auffassung abhängig.« Und weiter unten hieß es: »Gewerkschaften dürfen in keinem Abhängigkeitsverhältnis zu politischen Parteien stehen. Mit sozialistischen und anderen demokratischen Parteien verbindet sie die gleiche Zielsetzung: Demokratische Umgestaltung von Staat und Gesellschaft, wirtschaftliche Sicherheit und soziale Gerechtigkeit und Völkerverständigung. Sie erstreben daher die Zusammenarbeit mit allen Parteien, die diese Ziele vertreten und bereit sind, gewerkschaftlichen Forderungen in Parlamenten und Öffentlichkeit Geltung zu verschaffen.«¹²

Hier war also die Bildung von Industriegewerkschaften vorgesehen, die auf den Prinzipien freiwilliger Mitgliedschaft und politischer Unabhängigkeit basieren sollten. Zwar diskutierten Emigranten auch in der Schweiz und in Frankreich Konzepte für den Wiederaufbau der Gewerkschaften, aber den stärksten Einfluss übten in der Folgezeit ohne Zweifel die im Londoner Exil entworfenen Pläne aus.

Gewerkschafter und der Umsturzversuch vom 20. Juli 1944

Die von der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in England entfaltete programmatische Tätigkeit leistete also eine überaus wichtige Vorarbeit für die Wiedergründung der Gewerkschaften in Deutschland nach dem Kriege; zu dessen Beendigung oder zum Sturz der Diktatur konnte sie indessen nicht direkt beitragen. Eben dies war aber das Ziel einzelner Gewerkschafter, die

Kontakt zu den Widerstandsgruppen des 20. Juli 1944 hatten. Zu nennen sind vor allem Wilhelm Leuschner¹³ von den Freien Gewerkschaften, Jakob Kaiser von den Christlichen Gewerkschaften und Max Habermann vom Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband (DHV). Die Beteiligung der Gewerkschafter folgte einerseits dem Interesse der Widerstandsgruppen, die (ehemals) organisierte Arbeitnehmerschaft in den geplanten Aufstandsversuch einzubinden, sie mit dem neuen Staatsaufbau von vornherein zu verknüpfen und ein Aufkommen revolutionärer oder auch kommunistischer Bewegungen zu verhindern. Andererseits war den Gewerkschaftern klar, dass sie ohne und erst recht gegen das Militär kaum wirksam ein Ende des nationalsozialistischen Regimes würden herbeiführen können.

Trotz der Vorbehalte und des immer wieder aufflackernden Misstrauens gegen eine politische Zusammenarbeit von Vertretern so unterschiedlicher Schichten und Gruppen wie Adel, Arbeiterbewegung, Industrie, Kirche und Militär bildeten die Verwurzelung in christlichen Moralvorstellungen sowie die Prinzipien von Rechtsstaatlichkeit und sozialer Reform eine starke Klammer, die ausreichte, ein Regierungsbündnis für die Zeit nach dem Umsturz zu vereinbaren: Neben Ludwig Beck und Carl Friedrich Goerdeler waren Leuschner und Julius Leber (SPD) als Kanzler bzw. Vizekanzler oder Innenminister im Gespräch; die christliche Arbeiterbewegung sollte – so der letzte Entwurf einer Ministerliste vom Juli 1944 – durch Bernhard Letterhaus im Kabinett vertreten sein.

Waren auch Vertreter der früheren Richtungsgewerkschaften an den Beratungen der Widerstandskreise beteiligt, so bedeutete dies noch nicht, dass sie sich mit ihrem im Frühjahr 1933 vereinbarten Konzept der Einheitsgewerkschaft durchgesetzt hätten: Das Programm Goerdelers zum Aufbau einer Deutschen Gewerkschaft war allzu weitgehend an der Realität der DAF orientiert; es sah Zwangsmitgliedschaft, berufsständische Ordnung und Streikverbot vor. Und die Pläne des Kreisauer Kreises folgten werkgemeinschaftlichen Harmonie-Vorstellungen, so dass Gewerkschaften nur für eine Übergangszeit eingeplant waren.¹⁴

Die Gruppen, die das Hitler-Attentat vom 20. Juli 1944 vorbereiteten, waren gewiss nicht durch ein geschlossenes Programm geeint, wohl aber durch den Willen, der Gewaltherrschaft der Nationalsozialisten ein Ende zu bereiten. Das Attentat scheiterte, und diejenigen, die es vorbereitet hatten, mussten mit schärfster Verfolgung rechnen. Einige seien erwähnt: Jakob Kaiser gelang es, rechtzeitig unterzutauchen und sich bis zum Kriegsende zu verstecken. Max Habermann vom DHV wurde verhaftet und beging Selbstmord, um unter der drohenden Folter keine Mitverschwörer zu verraten. Bernhard Letterhaus vom Vorstand des Christlichen Textilarbeiterverbandes

wurde ebenso wie Wilhelm Leuschner verhaftet und zum Tode verurteilt. Leuschners viel zitiertes Vermächtnis lautete: »Schafft die Einheit!«¹⁵

Bilanz

Es ist festzuhalten, dass die nationalsozialistische Diktatur nicht durch die Aktionen des Widerstandes, welcher Gruppe auch immer, gestürzt wurde; das »Dritte Reich« versank mit der Kriegsniederlage und der Besetzung Deutschlands durch die alliierten Truppen. Doch für den demokratischen Neuanfang war es von unschätzbare Bedeutung, dass es Widerstand gegeben hatte. Dieser Widerstand hatte einen hohen Preis gefordert: Tausende von Frauen und Männern wurden mit Gefängnis und Zuchthaus bestraft, in die Konzentrationslager verschleppt, wurden Opfer von Folter, Mord und Hinrichtung. Allein 1936 wurden im Reich 11 687 Personen wegen illegaler sozialistischer Tätigkeit festgenommen; bei Kriegsbeginn betrug die Zahl der Häftlinge in den Konzentrationslagern rund 21 000; sie stieg bis März 1942 auf knapp 100 000.¹⁶ Mindestens 25 000 Menschen wurden nach amtlicher Statistik als politische Oppositionelle zum Tode verurteilt.¹⁷ Dazu zählten viele Gewerkschafter aller Richtungen.¹⁸

Es waren diese Opfer, die dem politischen Neubeginn 1945 Glaubwürdigkeit verliehen; und es war der Widerstand nicht der Gewerkschaften, aber aus den zerschlagenen Gewerkschaften, der – nach der hilflosen Politik zwischen Protest und Anpassung im Jahre 1933 – ihrem Anspruch auf politische Mitwirkung im Deutschland der Nachkriegszeit Berechtigung und Nachdruck verlieh.

Anmerkungen:

- 1 Siehe dazu ausführlich Michael Schneider, Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933–1939, Bonn 1999.
- 2 Vgl. demgegenüber Jürgen Harrer, Gewerkschaftlicher Widerstand gegen das »Dritte Reich«, in: Frank Deppe/Georg Fülberth/Jürgen Harrer (Hrsg.), Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, 4. aktualisierte und wesentlich erweiterte Auflage, Köln 1989, S. 343–413, hier S. 371 f. und S. 387.
- 3 Vgl. Günter Morsch, Streiks im »Dritten Reich«, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 36 (1988), S. 649–689; Stefan Karner, Arbeitsvertragsbrüche als Verletzung der Arbeitspflicht im »Dritten Reich«, in: Archiv für Sozialgeschichte, XXI (1981), S. 269–328.

- 4 Detlev J. K. Peukert, Die Lage der Arbeiter und der gewerkschaftliche Widerstand im Dritten Reich, in: Ulrich Borsdorf unter Mitarbeit von Gabriele Weiden (Hrsg.), Geschichte der deutschen Gewerkschaften von den Anfängen bis 1945, Köln 1987, S. 447–498, hier S. 470.
- 5 Ulrich Borsdorf, Arbeiteropposition, Widerstand und Exil der deutschen Gewerkschaften, in: Erich Matthias/Klaus Schönhoven (Hrsg.), Solidarität und Menschenwürde. Etappen der deutschen Gewerkschaftsgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart, Bonn 1984, S. 291–306, hier S. 299.
- 6 Vgl. Siegfried Mielke/Matthias Frese (Bearb.), Die Gewerkschaften im Widerstand und in der Emigration 1933–1945, Frankfurt a. M. 1999, S. 17 ff.
- 7 Siehe detailliert Elfriede Nebgen, Jakob Kaiser. Der Widerstandskämpfer, Stuttgart u.a. 1967.
- 8 Vgl. Dieter Nelles, Widerstand und internationale Solidarität: Die Internationale Transportarbeiter-Föderation (ITF) im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Essen 2001.
- 9 Vgl. Gerhard Beier, Die illegale Reichsleitung der Gewerkschaften 1933–1945, Köln 1981; ders., Gewerkschaften zwischen Illusion und Aktion. Wandlungen gewerkschaftlicher Strategie vom potentiellen Massenwiderstand zur Technik der Verschwörung, in: Jürgen Schmädke/Peter Steinbach (Hrsg.), Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, München 1985, S. 99–112, hier S. 108; S. Mielke/M. Frese (Anm. 6), S. 21 ff., S. 155 ff.
- 10 Vgl. Beatrix Herlemann, Auf verlorenem Posten. Kommunistischer Widerstand im Zweiten Weltkrieg. Die Knöchel-Organisation, Bonn 1982.
- 11 Abgedruckt in: Ulrich Borsdorf/Hans O. Hemmer/Martin Martiny (Hrsg.), Grundlagen der Einheitsgewerkschaft. Historische Dokumente und Materialien, Köln – Frankfurt a. M. 1977, S. 248 ff.
- 12 Die neue deutsche Gewerkschaftsbewegung. Programmvorschlage fur einen einheitlichen deutschen Gewerkschaftsbund, o. O., o. J. (London 1945), S. 5 ff.
- 13 Vgl. dazu detailliert Joachim G. Leithuser, Wilhelm Leuschner. Ein Leben fur die Republik, Frankfurt a. M. u. a. 1962.
- 14 Vgl. Michael Schneider, Zwischen Standesvertretung und Werksgemeinschaft. Zu den Gewerkschaftskonzeptionen der Widerstandsgruppen des 20. Juli 1944, in: J. Schmadeke/P. Steinbach (Anm. 9), S. 520–532.
- 15 Nach G. Beier (Anm. 9), S. 83.
- 16 Vgl. z. B. Siegfried Mielke (Hrsg.), Gewerkschafter in den Konzentrationslagern Oranienburg und Sachsenhausen. Biographisches Handbuch, Berlin 2002.
- 17 Angaben nach Manfred Funke, Gewerkschaften und Widerstand. Zwischen Ausbarren und Orientierung auf die Zukunft, in: Widerstand und Exil 1933–1945, Bonn 1985, S. 60–75, hier S. 66.
- 18 Vgl. DGB-Archiv im Archiv der sozialen Demokratie (Hrsg.), Erschlagen – Hingegerichtet – In den Tod getrieben. Gewerkschafter als Opfer des Nationalsozialismus, Bonn 1995.